

Adenauer Bundespräsident?

Der Bundeskanzler nimmt Kandidatur an — Aufsehen im In- und Ausland

W. Bonn (Eigenbericht). Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug im Bundeshaus die Nachricht ein, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer im Herbst das Amt des Bundespräsidenten übernehmen will. Völlig überraschend hatte sich Adenauer in der ersten Besprechung des etwa sechzigköpfigen Kreises führender CDU/CSU-Politiker bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen. Er wurde einstimmig nominiert, und die Benennung wurde kurz darauf auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gutgeheißen, wenn auch nicht widerspruchsfrei. Über die Frage, wer neuer Bundeskanzler werden soll, wurde noch kein Wort verloren.

Dr. Adenauer selbst hat sich bisher nicht darüber geäußert, welche Gründe ihn zu seinem plötzlichen Entschluß veranlaßt haben. Vor seinen Parteifreunden wies er nur auf die große Bedeutung des Präsidentenamtes hin. Der Schlüssel für das Verständnis seiner Entscheidung dürfte aber in einem Hinweis liegen, den der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Krone, vor der Presse gab. Er machte darauf aufmerksam, daß der Bundespräsident nach der Verfassung das Recht hat, dem Bundestag einen Vorschlag für die Wahl des Bundeskanzlers zu machen. Dadurch werde Dr. Adenauer in seinem neuen Amt die Möglichkeit gegeben, „die Kontinuität zu regeln“, also für die Fortsetzung seiner bisherigen Politik zu sorgen. Gutunterrichtete Kreise vermuten, daß er an Finanzminister Franz Eitel als seinen Nachfolger denkt.

Es dauerte Stunden

Bei der CDU/CSU und bei den anderen Parteien rief der Entschluß im ersten Augenblick Verwirrung hervor. Es dauerte Stunden, bis führende Politiker dieser Partei vor die Presse treten konnten, um den Beschluß offiziell bekanntzugeben. In der Zwischenzeit

hatte Dr. Krone mit den Fraktionsvorsitzenden der FDP und der DP, Dr. Mende und Schneider, gesprochen. Beide nahmen den Beschluß positiv auf. Mende sprach von einem „staatspolitisch wertvollen“ Entschluß. Offen ist natürlich noch, ob die bürgerlichen Parteien Adenauer bei der Präsidentenwahl gegen den SPD-Kandidaten Professor Carlo Schmid unterstützen werden. Von der CDU/CSU-Fraktion erhielt Dr. Krone Beifall, als er bekanntgab, die Parteiführung habe sich entschlossen, „den besten Mann für das höchste Amt“ zu benennen. Der Hamburger Abgeordnete Dr. Leverkühn, der mit der Erklärung „Was der Wirtschaft recht ist, ist der Politik billig“ dafür eintrat, die Kandidatur Adenauers ebenso zu verwerfen wie vorher die Professor Erhardts, fand jedoch gleichfalls Beifall.

Die Pressekonferenz begann damit, daß Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der zu den stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU gehört, offen bekannte: „Ich bin ebenso überrascht wie Sie. Wir alle haben gestern noch nicht gewußt, was wir Ihnen heute sagen würden.“ Vor der Sitzung der 60 sei sich die CDU/CSU nur darüber im klaren gewesen, daß sie jetzt einen Vor-

schlag „mit Hand und Fuß“ machen müsse.

Die entscheidende Sitzung

Gerstenmaier schilderte den Ablauf wie folgt: In der Sitzung hielt Adenauer zuerst ein kurzes Referat, in dem er auf die große Bedeutung des Präsidentenamtes hinwies. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Sitzung unterbrochen, damit man sich in einzelnen Gruppen über neue Kandidaten unterhalten konnte. Bei diesen Einzelgesprächen tauchte an verschiedenen Stellen der Name Adenauers auf, und es wurde plötzlich bekannt, daß der Kanzler der Kandidatur, die er vor wenigen Wochen noch weit von sich gewiesen hatte, nicht mehr ablehnend gegenüberstand. Als ihm die Frage dann offiziell gestellt wurde, sagte er nach einer kurzen Bedenkzeit zu.

Für Adenauer selbst kam dieser Verlaufs jedoch nicht überraschend. Wie man hört, hat er seit Tagen mit seinen engsten Freunden darüber gesprochen. Bei der SPD wurde die Entscheidung mit dem Gefühl begrüßt, daß nun die „Ära Adenauer“ zu Ende gehe. Die Parteiführung gratulierte der CDU/CSU, der stellvertretende Parteivorsitzende Wehner sagte: „Es ist zu schön, um wahr zu sein.“ Carlo Schmid, der Präsidentschaftskandidat der SPD, erklärte: „Es ist für mich eine Ehre, daß die CDU/CSU glaubt, nur durch die Nominierung ihres bekanntesten Mannes bei der Wahl des Bundespräsidenten gegen mich bestehen zu können.“

Erstes Echo

In den Hauptstädten der westlichen Welt hat die Ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Grenzen für Kompromisse

K. W. E. Die „Times“ hat einen galligen Artikel geschrieben, der, ganz unenglisch und ganz ohne Höflichkeit, vom „tiefsten Standpunkt der eng- lisch-deutschen Beziehungen“ spricht. Da „Times“ zwar nicht Sprachrohr der britischen Regierung, wohl aber mit beinahe unbestrittenem Anspruch so etwas wie das Gewissen Englands darstellt, erregt die unverblühte Sprache Aufsehen. Freilich sitzt der, der das deutsch-britische Verhältnis in „Times“ so abgekühlt sehen will, in Bonn. An den ironischen Bemerkungen des britischen Korrespondenten über die Politik Adenauers gegenüber London konstatiert man mit Verblüffung Sentiments, die in den politischen Tatsachen keine Wurzeln finden. An die Meinungsverschiedenheiten, die Macmillan und Adenauer getrennt haben, bevor sich die beiden Politiker in Bonn ausgesprochen hatten, hätte heute niemand noch erinnern müssen, — zumal sich in Washington die Außenminister über sehr wichtige Punkte des gemeinsamen Vorgehens geeinigt haben. Wer könnte denn verlangen, daß eitel Wonne und Wohlgefallen zwischen Nationen herrscht, wenn sie vor der harten Notwendigkeit stehen, ihre sehr bedrohte Existenz zu sichern? Kein Wunder, wenn sie die Gefahren verschiedenartig einschätzen. Also auch kein Wunder, wenn sie verschiedenartige Rezepte für ihre Bekämpfung gut finden.

Um eine gemeinsame Abschätzung der Gefahr zu finden und daraus auch die mögliche gemeinsame Planung für die Abwehr zu entwickeln, sind ja die westlichen Staatsmänner soviel unterwegs. Deshalb auch brauchen sie immer neue Beratungen. War das Gespräch hinter verschlossenen Türen, das Selwyn Lloyd mit Herter, Couve de Murville und Brentano geführt hat, auch noch weitgehend vom Austausch der verschiedenen Standpunkte bestimmt (unter denen der englische sicherlich den labilsten

Platz einnimmt), so zeigte sich Englands Außenminister dann vor dem NATO-Rat um so entschlossener auf der Linie jenes harten Widerstandes, den in Washington zunächst mehr die Außenminister der kleinen Länder als die der großen eindeutig verlangt haben. Es scheint uns bezeichnend, daß gerade Selwyn Lloyd vor dem Rat der Fünfzehn Wert darauf legte, klarzumachen, daß England mit einem Fünf-Punkte-Programm in die Verhandlungen mit Moskau gehen will, unter denen die Konsequenz, in Berlin zu bleiben und alle Pläne einer Rüstungsüberwachung oder -beschränkung nur in Verbindung mit Schritten zur Wiedervereinigung vorzunehmen, die wichtigsten sind. Natürlich bleibt für England mit Rücksicht auf die künftigen Verhandlungen das bestehen, was in „Times“ etwas schief so pointiert ist: „Die Briten suchen instinktiv einen Kompromiß, und jeder Kompromiß in Europa muß in deutschen Augen auf Kosten der Deutschen gehen.“

Ohne Kompromisse kann es natürlich nicht gehen, wenn man auf dem Verhandlungswege Entspannung sucht. Das ist der Politik der deutschen Regierung genauso klar. Das Aushandeln der Kompromisse, die ohne Verlust der Substanz möglich sind, bestimmt jetzt die Politik. Und die Schwierigkeiten, die westlichen Partner zu einer einhelligen Meinung darüber zu bringen, wo die Grenze des Zumutbaren erreicht ist, setzt der sowjetische Verhandlungsgegner vor morgen. Er wird — wie sollte es nach Erfahrung, geographischer und geschichtlicher Lage anders sein — in seinen Absichten und seinen Zielen verschieden bewertet. Deutschlands Bereitschaft zum Kompromiß muß anders aussehen als die Englands oder die irgendeines anderen europäischen Landes. Die NATO-Verbündeten zeigen sich in ihrer Gesamtheit aber der Auffassung zugeneigt, die die deutsche Politik vertreten muß. Mag sein, daß die kleineren Länder, aber auch Frankreich und Italien, sich selbst von einer halben, die Sowjets begünstigenden Lösung ebenso stark bedroht fühlen, wie es

die Deutschen in erster Linie empfinden müssen.

Auf der Dezember-Tagung der NATO in Paris hatten die 15 NATO-Länder ein lapidares, aber noch nicht politisch konstruktives Bekenntnis zum Recht auf das freie Berlin abgegeben. Die Sowjets konnten es zunächst als bloße politische Deklamation auffassen. Sie haben, wenn immer Chruschtschow inzwischen das Ultimatum bagatellierte oder gar mit einer neuen Berlin-Variante lockte, nie zu verstehen gegeben, daß sie von der Berlin-Proklamation des Westens beeindruckt gewesen seien. Nun aber hat die Konferenz von Washington in Sachen Berlin volle westliche Klarheit geschaffen. Wenn es stimmt, daß auch London seine Absicht zurückgezogen hat, über einen modifizierten Berlin-Status zu sprechen, dann ist dies offenbar unter dem Druck der europäischen-atlantischen Solidarität geschehen, die alle Angehörigen des Bündnisses für die kompromißlose Haltung in der Frage Berlin gezeigt haben.

Die Kompromißlosigkeit in Sachen Berlin, die die Außenminister der Westmächte und der NATO-Staaten erarbeitet haben, ist kein Widerspruch zur grundsätzlichen Kompromißbereitschaft, die sie in allen „Deutschland betreffenden Fragen“ — wie es in der sowjetischen Note heißt — einnehmen wollen. Berlin war ja kein Verhandlungsthema — sondern ein Angriff. Von der Abwehr dieses Angriffs her können sich erst die Verhandlungen entwickeln. Daß wir jetzt nicht mehr unter der elementaren Drohung stehen, danken wir dem Ernst, mit dem die Bündnispartner Deutschlands sich nun grundsätzlich für die Abwehr des sowjetischen Vorstoßes entschieden haben. Die Kompromisse, die sie finden wollen, um für Deutschland und Europa die Sowjets, wenn nicht zur Lösung, so doch mindestens zu klaren Gesprächen zu bringen, brauchen jetzt noch mehr als in den vergangenen Wochen die stille diplomatische Arbeit. Sie können vor allem die guten Ratschläge und die Projekte aus unseren politischen Büros entbehren.

Wieder 15 000 Arbeitslose weniger

Berlins Industrieproduktion gestiegen — Senatserklärung vor dem Parlament

Berlin (Eigenmeldung). Die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt und in der Industrie hat sich im letzten Monat trotz der sowjetischen Drohungen unerwartet günstig entwickelt. Wie Senator Hertz am Donnerstag vor dem Berliner Abgeordnetenhaus bekanntgab, verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen von rund 90 000 im Februar um 15 000 auf etwa 75 000 bis Ende März. Bei der Berliner Industrie stieg die Produktion im Januar 1959 um sechs Prozent und im Februar sogar um acht Prozent, während sie sich im Bundesgebiet im gleichen Zeitraum nur um zwei Prozent verbesserte. Im Namen des Senats versicherte Hertz, Berlin sei wirtschaftlich auf alles vorbereitet, um die Freiheit der Stadt zu erhalten. Das Bundesgesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft wurde vom Parlament einstimmig angenommen.

Hertz wies darauf hin, daß dieses Bundesgesetz für Berlin eine „ungewöhnlich große wirtschaftliche und politische Bedeutung“ habe. Das vom Bundestag und Bundesrat einstimmig verabschiedete Gesetz sieht eine Verlängerung der Umsatzsteuervergünstigung bis 1964, Sonderabschreibungen für Investitionen in Berlin von 75 Prozent und erweiterte Garantien für Transporte nach Berlin, Lagerisiken, sowie Transfer- und Fabrikationsgarantien vor. Als Beweis dafür, daß das Risiko des Transports durch die Sowjetzone sehr gering war, erwähnte Hertz, die bisherige Transportgarantie von 100 Millionen DM — neuerdings 500 Millionen DM — sei nur zu zwei Prozent in Anspruch genommen worden. Ausdrücklich sprach der Senator der westdeutschen Wirtschaft, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und seinem Vorsitzenden Fritz Berg und den Länderfinanzministern den Dank Berlins für ihr „ungewöhnliches“ Verständnis für die Lage der Stadt aus. Allerdings benötige Berlin weiterhin Aufträge.

Ferner erinnerte der Wirtschaftssenator an das Hilfsprogramm für Berlin, das durch Bundesminister Lindrath in Kraft gesetzt sei. Es ständen jetzt 227 Millionen DM als Kredite für Investitionen, 218 Millionen DM zur Finanzierung langfristiger Aufträge und 46 Mill. DM für die Arbeitsbeschaffung und Förderung der Wissenschaft, insgesamt also 491 Mill. DM aus diesem Programm bereit.

Nachdrücklich wandte sich Hertz gegen die von bestimm-

ter Seite verbreiteten Gerüchte über eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung in Berlin. In Wirklichkeit seien die Einwirkungen aus den politischen Gegebenheiten insgesamt minimal. Es gebe natürlich bei den verschiedenen Industriezweigen Unterschiede. Nach den Winter-

monaten bestehe aber, so versicherte Hertz, für die nächste Zeit kein Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen. Man könne annehmen, daß das vom Senat für den Notfall vorbereitete zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm weiterhin „in der Schublade“ liegen bleibe.

Nach Mitteilung von Hertz sind die Spareinlagen, gemessen an der Gesamteinlage von einer Milliarde DM, um drei Prozent zurückgegangen. Es sei jedoch ein annähernd gleicher Zuwachs bei der Postsparkasse zu verzeichnen. Um Gerüchten entgegenzutreten, nannte Hertz Zahlenmaterial über die in den letzten Wochen erfolgten Umläge von Westberlin nach dem Bundesgebiet, das kein anomales Bild bietet.

In wichtigen Fragen einig

Atlantikrat beendete Jubiläumstreffen — Marschroute für Genf

Washington (ap/dpa). Der Atlantikrat erklärte zum Abschluß seines dreitägigen Treffens in Washington, daß die Einheit der atlantischen Allianz die beste Garantie für erfolgreiche Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung sei. In einem Abschluß-Kommuniqué bekräftigten die Außenminister der 15 NATO-Staaten ihre „einmütige Entschlossenheit“, die Freiheit der Bevölkerung Westberlins und die Rechte des Westens in der alten Reichshauptstadt trotz der sowjetischen Drohungen zu wahren.

Gleichzeitig betonte der Rat seine Absicht, alle vorhandenen Probleme durch Verhandlungen zu lösen. In dem Kommuniqué heißt es: „Der Rat gab seinem Vertrauen Ausdruck, daß die Allianz fortfahren werde, sich weiter als unabdingbare Grundlage für die Sicherheit der Atlantikpakt-Völker und die Verteidigung des Weltfriedens zu entwickeln.“

Nach dem Wortlaut des Kommuniqués hat der Atlantikrat einen Bericht der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik über die von ihnen ge-

führten Vorbesprechungen zur kommenden Konferenz in Genf entgegengenommen. Anschließend habe eine „umfassende Diskussion“ stattgefunden. Die dabei geäußerten Ansichten sollen bei den in den kommenden Wochen folgenden Beratungen in Betracht gezogen werden. In allen grundsätzlichen Fragen habe Übereinstimmung über die bei den Verhandlungen mit Moskau einzuschlagende politische Richtung geherrscht.

Zu den Punkten, über die völliges Einvernehmen erzielt wurde, gehören dem Kommuniqué zufolge:

1. Westlichen Konzessionen müssen gleichwertige sowjetische Zugeständnisse gegenüberstehen.

2. Die Westmächte können ihre Besatzungsrechte in Berlin nicht aufgeben, um von den Sowjets ein Abkommen zu erlangen, das ihnen dieses Recht wieder zugestht.

3. Neue militärische Vereinbarungen oder ein „Einfrieren“ des Rüstungsstandes in Europa sind ausgeschlossen, wenn sie eine Gefährdung des bestehenden Mächtegleichgewichts darstellen.

VW-Volksaktien schon im Herbst

Der Bund will Niedersachsen abfinden

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat Pläne ausgearbeitet, um die Ausgabe von Volksaktien des Volkswagenwerkes zu beschleunigen. Es ist geplant, die ersten Aktien noch im Herbst auszugeben. Da bis zu diesem Zeitpunkt der Rechtsstreit mit dem Land Niedersachsen über die Eigentumsverhältnisse beim VW-Werk kaum beendet sein wird, soll dieser Streit „ausgeklammert“ werden. Das wird unter der Voraussetzung für möglich gehalten, daß es dem Land Niedersachsen nicht unbedingt um das Eigentum, sondern um den Geldwert geht, den der Betrieb darstellt.

Falls sich diese Annahme bestätigt, wäre man in Bonn bereit, 200 oder 300 Millionen DM in einen Sonderfonds einzuzahlen, um später nach Beendigung des Rechtsstreits die Forderungen des Landes abgelten zu können. Inzwischen könnten für das Volkswagenwerk selbst aber Volksaktien ausgegeben werden. Man würde etwa im Sommer eine entsprechende Aktiengesellschaft mit einem Kapital von schätzungsweise 800 Millionen DM gründen und im Herbst zur Ausgabe der Volksaktien übergehen. Außer der Zustimmung des Landes Niedersachsen würde dieses Verfahren wahrscheinlich ein besonderes Bundesgesetz erforderlich machen, von dem höhere Beamte annehmen, daß es sogar noch vor den Sommerferien die Billigung des Bundestags und des Bundesrats finden könnte.

Nach dem außerordentlichen Erfolg der Preußag-Aktien hält die Bundesregierung es aus politischen Gründen für wichtig, die Volksaktien-Aktion bald fortzusetzen. Vor der Ausgabe der nächsten Aktien soll keine allzu lange Pause eintreten. Da der Gedanke der Volksaktie jetzt populär zu sein scheint, will man ihm möglichst rasch neue Nahrung geben. Dabei wird damit gerechnet, daß die Volkswagen-Aktien noch weit größeren Anklang finden, da es sich hier um eines der bekanntesten und wirtschaftlich fundiertesten Unternehmen handelt. Hinzu kommt, daß die CDU/CSU in der Volkswagen-Kampagne mehr und mehr ein weltanschauliches Element sieht. Um ein wirksames Gegenbild gegen die sozialistischen Ideale Pankows aufzurichten, soll in Westdeutschland ein „Kapitalismus des kleinen Mannes“ geschaffen werden.

ster Macmillan ändern und daß der Bundeskanzler auf jeden Fall noch in den nächsten entscheidenden Monaten der Verhandlungen zwischen Ost und West die Politik der Bundesregierung bestimmen wird.

Diplomatische Vertreter bei der NATO äußerten die Ansicht, das Ausscheiden Adenauers aus der aktiven Politik werde die deutsche Politik nicht wesentlich ändern, wenn auch möglicherweise in der Außenpolitik die Akzente in Zukunft etwas anders gesetzt werden könnten. Die Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO werde dadurch nicht berührt werden.

Kritik an Montgomery

London (ap/dpa). Mit gemischten Gefühlen ist in der britischen Öffentlichkeit die Absicht Feldmarschall Montgomerys aufgenommen worden, Ende April für drei Tage nach Moskau zu reisen. Der ehemalige stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber und jetzt pensionierte Feldmarschall hatte sich mit der Bitte an Ministerpräsident Chruschtschow um „die Möglichkeit eines Moskaubesuches“ gewandt. In Kreisen der Labour-Partei und auch der Konservativen wird auf das Risiko eines solchen Besuches angesichts der weltpolitischen Lage verwiesen.

Adenauer Bundespräsident?

(Fortsetzung von Seite 1)

scheidung Dr. Adenauers große Überraschung hervorgerufen. In den zuständigen Kreisen von Washington, London und Paris wurde nicht verhehlt, daß die Entscheidung völlig unerwartet gekommen sei.

Abgesehen von der Überraschung, wurde der Beschluß Adenauers in Washington und Paris zunächst mit „diskreter Zurückhaltung“ aufgenommen. In Paris glauben politische Beobachter voraussagen zu können, daß General de Gaulle und einige seiner Mitarbeiter enttäuscht sein werden. Man verwies auf das gute Einverständnis der beiden Staatsmänner,

das sich gerade in den letzten Wochen gezeigt habe.

Befürchtungen in USA

In Washington schwankten die ersten Reaktionen zwischen der Auffassung, daß der Schritt einen großen staatsmännischen Entschluß darstelle und der Befürchtung, daß sich eine Änderung der deutschen Politik andeuten könnte.

Politische Kreise Londons zeigten sich über die unerwartete Entwicklung erfreut. Es wird damit gerechnet, daß die Kandidatur Adenauers nichts an den vorläufigen Plänen eines neuen persönlichen Meinungsaustausches mit Premiermini-

Keine außenpolitische Debatte

Bonn (ap). Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit 54 gegen 47 Stimmen für einen Verzicht auf eine außenpolitische Debatte des Bundestages vor der am 11. Mai beginnenden Außenministerkonferenz in Genf ausgesprochen. Auch der Fraktionsvorstand hatte sich zuvor mit knapper Mehrheit gegen eine solche Aussprache entschieden. Zahlreiche Abgeordnete hatten wegen der langen Beratungen den Sitzungssaal schon vor der Abstimmung verlassen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Hausfrauenbrigaden und die Liebe

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Der Mangel an Informationen über die wirklichen Verhältnisse in Ost und West belastet die deutsche Spaltung. Erschütternd ist zum Beispiel die Tatsache, daß nur wenige Menschen in der Zone wissen, daß die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und welche Staaten diesem Bündnis angehören. Auf anderen Gebieten ist ebenfalls zu beobachten, daß die Bevölkerung falsch oder nur teilweise informiert ist.

ERFURT

Kongreß der Arbeiterjugend. Kostenlosen Urlaub verbrachten Jugendliche aus der Bundesrepublik in der Blumenstadt. Es war ein Treffen von Fanatikern, Abenteurern, Fehlgeleiteten und Gescheiterten. Wütend rief zum Beispiel ein Jungsozialist aus dem Rheinland: „Das Recht, sich Republik zu nennen, hat von den beiden deutschen Staaten nur einer, und das ist der, auf dessen Boden wir uns hier befinden. Die Bezeichnung Republik für den Bonner Staat ist eine Verhöhnung für alle Friedenskämpfer.“ In zahlreichen Gesprächen fragten junge Arbeiter der Zone, ob sie bei der Rückkehr nicht verhaftet würden?

Drei Forderungen an die Gäste: Wer als westdeutscher Jungarbeiter über die Kohlenhalden und Feierschichten schimpfte, den aufkeimenden Faschismus bestätigte und die „DDR“ lobte, hat Aussicht, zum Turn- und Sportfest, zur Ostseewoche und zur 10-Jahresfeier der Zonenrepublik erneut eingeladen zu werden.

ROSTOCK

„Pfingsttreffen der Erbauer des Sozialismus.“ 50 000 Jungen und Mädchen aus allen Teilen Deutschlands, aus Belgien, Island, England, Frankreich, Luxemburg, Italien, der VAR, dem Irak, Indien, Indonesien, dem Sudan und Algerien sollen in Rostock zu Pfingsten das „Fest der Roten Sonnensputniks“ feiern. Die Nationale Volksarmee zeigt in Verbindung mit den Luft- und Ma-

rineinheiten die Stärke der Zonenstreitkräfte. Große Straßenfeste, Literaturfestivals, Seefeste und Filmfestivals sowie Ausstellungen über das Chemieprogramm der Zone werden vorbereitet.

CHEMNITZ

Hausfrauenbrigaden und die Liebe: Im Rohr- und Kaltwalzwerk Chemnitz wurden die Frauen der Wirtschaftsfunktionäre gerügt, weil sie sich nicht an den Hausfrauenbrigaden beteiligen. Fünf Frauen aus solchen Brigaden sollen — laut „Volksstimme“ erklärt haben: „Mein Mann hat mich gleich noch einmal so lieb, seitdem ich in einer Hausfrauenbrigade bin.“

Die 100. Namensgebung zu Ostern. Unter dem Motto: „Wachse über dich selbst hinaus, indem du in die menschliche Gesellschaft hineinwächst“, wurden im Kulturpalast der Werktätigen Namensweihen durchgeführt. In einem Bericht liest man: „Frank ist zwar erst vier Monate, aber er versucht schon aufrecht zu sitzen, so als ob er von dem Geschehen ringsum nichts versäumen möchte.“ Die jungen Erdenbürger und ihre Eltern werden ermahnt, als gesunde, frohe Menschen für den sozialistischen Aufbau heranzuwachsen.

Folgen der Dasselfliege und der schlechten Pflege: Gegenwärtig werden in der Zone bei Rindern 45 Prozent und bei Schweinen 93 Prozent der Häute durch die Dasselfliege zerfressen und durch Draht, Steine, Nägel und unsaubere Pflege unbrauchbar. Das seien mindestens 2300 Tonnen rohe Häute, aus denen eine Million Paar Schuhe gemacht werden könnten. Es ginge nicht nur um höhere Milchleistungen, sondern um bessere Tierpflege.

MAGDEBURG

Schaffnerlose Triebwagen. Bei den Magdeburger Verkehrsbetrieben fehlen zur Zeit über 100 Schaffner. Jetzt sollen schaffnerlose Triebwagen geschaffen werden. In einen besonderen Behälter müssen beim

Einsteigen Fahrscheine aus einem Sonderheft in einen Kasten geworfen werden.

BITTERFELD

„Karbidgebiet bricht Weltrekord.“ — Unter dieser Überschrift steht in der SED-Zeitung folgende Meldung: „In genau 56 Tagen und fünf Stunden soll laut Plan der Karbidofen 3 der Chemischen Werke Buna ausgeräumt und abgerissen, neu erbaut und wieder angeblasen werden. Dem modernsten Stand der Technik entsprechend wird bei dieser Rekonstruktion der neue Ofen gegenüber dem alten seine Leistung von 27 Millionen Watt auf 40 Millionen Watt erhöhen, die Kalkzugabe wird mechanisiert, die Elektroarmaturen werden wesentlich verstärkt. Zur Zeit der IG-Farben brauchte man für eine ähnliche Generalreparatur — übrigens in den kapitalistischen Staaten heute noch — eine Mindestfrist von einem halben Jahr. Die vorgesehene Zeit stellt also absoluten Weltrekord dar und beweist einmal mehr die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Partei jedoch stellt das Ziel, den eigenen Weltrekord von gut 56 Tagen zu brechen und die Arbeit schon in 54 Tagen zu beenden.“

Spaak: Ohne Friedensvertrag

Washington (ap). Der Abschluß eines formellen Friedensvertrages mit Deutschland hat sich, wie NATO-Generalsekretär Spaak in Washington erklärte, seiner Ansicht nach erübrigt. Die noch ungelösten Fragen zwischen den siegreichen Alliierten des zweiten Weltkriegs und Deutschland könnten auch auf eine andere Weise bereinigt werden. Ihm, Spaak, komme es vor, als ob der Westen bereits Frieden mit der Bundesrepublik geschlossen habe. Bis vor kurzem sei es völlig natürlich gewesen, einen Krieg mit einem formellen Friedensvertrag zu beenden. Inzwischen habe sich aber gezeigt, daß „heute die Nationen weder Krieg erklären noch Frieden schließen“.

SPD-Absage an die SED

Antwort auf Ulbrichts 59. Versuch — Pankow lobt Deutschlandplan

Bonn/Berlin (ap/Eigenmeldung). Die SPD hat eine „Aktions-einheit“ mit der SED erneut abgelehnt. Sie beantwortete damit einen Brief des SED-Sekretärs Walter Ulbricht an den Vorstand der SPD, der im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht worden war, und in dem Ulbricht eine Annäherung beider Parteien bis zu einem „normalen kameradschaftlichen Verhältnis“ und Beratungen noch vor Beginn der Genfer Konferenz vorgeschlagen hatte. Mit dieser Ablehnung des jüngsten Ulbricht-Briefes hat die SPD seit 1945 insgesamt 59 Vorschläge der SED zu gemeinsamen Aktionen verschiedener Art verworfen.

Ein Sprecher der SPD erklärte, seine Partei lehne es ab, mit Ulbricht über eine sogenannte Aktionseinheit zu beraten und sich durch „plumpe Anbiederungsversuche diskreditieren“ zu lassen. Die SED-Führung sollte ihre Bereitschaft, die deutsche Frage zu lösen, dadurch beweisen, daß sie die polizeistaatliche Bevormundung in ihrem Machtbereich abbaue. Der erste Schritt dazu wäre, das Tor für den freien Reiseverkehr der Deutschen aufzumachen.

Ulbricht begrüßte in seinem Brief den SPD-Deutschlandplan nachdrücklich, unterstrich alle Übereinstimmungen mit den Ansichten der SED und bagatellierte die Abweichungen. Als positiv am SPD-Deutschlandplan wertete die SED die Vorschläge über die Rüstungsbeschränkungen, über den Verzicht deutscher Streitkräfte auf Atom- und Wasserstoffbomben und auf die Verminderung ausländischer Truppen auf deutschem Boden.

Noch Unklarheit über Gipfeltreffen

Couve de Murville: Nur nach gewissen Erfolgen

Paris (Eigenmeldung). Der französische Außenminister Couve de Murville und sein britischer Kollege Lloyd erklärten nach ihrer Rückkehr aus Washington übereinstimmend, daß es bei den Beratungen zwischen den westlichen Außenministern in Grundsatzfragen keine Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. Nach Ansicht von Lloyd war es die Aufgabe der Washingtoner Außenministerkonferenz, Direktiven für das nächste Stadium der Beratungen zwischen den Westmächten auszuarbeiten. Nach Ansicht der beiden Außenminister haben sich allerdings in taktischen Fragen einige Unterschiede der Beurteilung gezeigt. Couve de Murville versicherte in Paris, daß sich die französische Politik gegenüber der Zeit vor seiner Abreise nicht geändert habe.

Während der britische Außenminister Lloyd auch nach seiner Rückkehr nach London die Auffassung vertrat, daß es mit Sicherheit zu einem Gipfeltreffen kommen werde, unter-

strich Couve de Murville, entsprechend den Erklärungen de Gaulles und Eisenhowers,

Peking-Revolte dehnt sich aus

Schwere Kämpfe in chinesischen Provinzen

Neu Delhi (dpa/ap). Die Revolte gegen die chinesische Zentralregierung, die in Tibet ihren Anfang nahm, soll sich auch auf die chinesische Provinz Tsinghai und auf die östlich von Tibet gelegene autonome Provinz Singkiang ausgedehnt haben. Nach Berichten, die in Neu Delhi einliefen, toben in Tsinghai schwere Kämpfe zwischen Rebellen und chinesischen Truppen. Die Aufstandsbewegung habe sofort neuen Auftrieb bekommen, als die glückliche Flucht des Dalai-Lama nach Indien bekannt geworden sei.

In Hongkong verlautete, die von den Kommunisten in der Provinz Kwantung aufgestellten Volksmilizverbände seien aufgefordert worden, ihre Waffen und Munition für eine „Inspektion“ abzugeben. Man hält

noch einmal, daß nach französischer Ansicht nur gewisse Fortschritte bei den Beratungen der Außenminister in Genf zu einer Konferenz der Regierungschefs führen könnten. Die Pariser Presse schätzt die Aussichten für die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz gering ein. Die Verstimmung zwischen Bonn und London sei ein schwacher Punkt in der westlichen Diplomatie.

In der bevorstehenden zweiten Runde der Viermächtebesprechungen über das Programm des Westens für die Genfer Ost-West-Konferenz wird die amerikanische Politik auf ein Deutschland-Programm drängen, das die ernste Verhandlungsbereitschaft der freien Welt überzeugend beweist. Amtliche Kreise in Washington betonen, daß diese Absicht in der Viermächte- und der NATO-Konferenz von allen Beteiligten ausgesprochen worden sei. Aber sie deuten auch an, daß sie eine Verwässerung des Programms befürchten. Die amtlichen Stellen machen kein Hehl daraus, daß sie von der Konferenz der vier westlichen Außenminister über das Verhandlungsprogramm für die Ost-West-Konferenz mehr Fortschritte erwartet hatten, als tatsächlich zu verzeichnen waren.

dies für eine Vorsichtsmaßnahme der Kommunisten, um Unruhen auch in diesem Gebiet vorzubeugen. Über mehrere chinesische Provinzen soll der Ausnahmezustand verhängt worden sein.

In der tibetischen Hauptstadt Lhasa haben die Rotchinesen inzwischen den in Peking erzeugten Pantschen-Lama als ihren Statthalter eingesetzt. Wie „Neues China“ meldet, wird der Pantschen-Lama solange den „Ausschuß für das autonome Gebiet Tibet“ leiten, wie der Dalai-Lama „durch die Aufständischen seiner Freiheit beraubt ist“. Mit dieser Version hält Peking weiter an der Behauptung fest, daß der Dalai-Lama entführt worden sei. In einer Ansprache gab der Pantschen-Lama zu, daß die Revolte in Tibet andauere.

Die Umarmung

DT. Welcher Deutsche möchte schon von Ulbricht und seiner SED gelobt werden? Sicher gibt es dagegen keinen Schutz. Aber wenn nun schon dieses peinliche Ereignis eingetreten ist, dann müssen die Betroffenen sich unvermeidlich die Frage stellen, ob und wie weit sie selbst daran schuld sind. Die Sozialdemokratische Partei im freien Deutschland ist in diese Lage geraten. Sie wird in Moskau und von Ulbricht gelobt, gleichsam aufmunternd auf die Schultern geklopft, ja fast umarmt. Und wofür? Für jenen Deutschlandplan, den der Parteivorstand der SPD vor mehr als zwei Wochen als ihren wesentlichen Beitrag zur Lösung der weltpolitischen Krise um Berlin und Deutschland zu veröffentlichen für nötig fand.

Das Präsidium der SPD hat nicht gezögert, auf diese plumpe Anbiederung hin sofort zu reagieren. Natürlich negativ. Niemand hat es anders erwartet. Die doppelte Frage ist nur, mußte sich die größte freiheitliche deutsche Oppositionspartei dieser erstickenden Umarmung überhaupt aussetzen? Und genügt jetzt der schlichte Hinweis, man habe damit den 59. SED-Brief seit mehr als 13 Jahren erhalten und die „weltweiten Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Schumacher-Partei und dem Ulbricht-Regime seien Gewähr genug, um mit Selbstverständlichkeit eine Antwort in Richtung Ulbricht überflüssig zu machen.

Unsere Kritik am Deutschlandplan der SPD braucht hier nicht wiederholt zu werden. Sie richtete sich in der Hauptsache gegen die Tatsache, daß die SPD einen solchen öffentlichen Plan überhaupt in dieser deutschen Notzeit für richtig hielt. Wir befürchten, daß diese ernsthaften und sorgenvollen Überlegungen freiheitlicher Politiker beim sowjetischen Gegner nur als eine weiche Stelle in der deutschen Position erkannt und benutzt werden würde. Das ist mit dieser plötzlichen und synchronisierten Lobeshymne aus Moskau und Pankow genau eingetreten. Und das läßt sich nicht mit einem Achselzucken oder mit der Ankündigung einer seitenlangen

Erklärung von seiten des SPD-Vorstandes abtun. Dem Scharfsinn der SPD-Vorstandsglieder wird sicher nicht entgangen sein, daß die SED und ihre sowjetischen Auftraggeber gerade diejenigen Stellen des Planes kritisieren, beiseite schieben oder sogar streichen wollen, die als Sicherungen der Freiheit bei der Annäherung zwischen den „beiden deutschen Staaten“ im SPD-Plan vorgesehen waren.

Darum wäre die SPD gut beraten, selbst im parteipolitischen Sinne, wenn sie jetzt bei aller als berechtigt empfundenen Kritik an der Bundesregierung darauf verzichtete, die deutsche Position am Vorabend der Konferenzen durch einen zugespitzten Streit im Bundestag zu schwächen, wie er bei einer außenpolitischen und öffentlichen Debatte leider wohl unvermeidlich wäre.

DGB gegen Kontakte mit FDGB

Verhandlungsbereitschaft der Westmächte begrüßt

Berlin (Eigenmeldung). Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf einer Tagung in Berlin entschieden alle Versuche des Gewerkschaftsbundes der Sowjetzone und der kommunistischen Jugendorganisation FDJ abgelehnt, Kontakte mit dem DGB aufzunehmen. In Entschleunigungen, die der DGB-Vorsitzende Richter erläuterte, begrüßt der Gewerkschaftsbund dagegen die Bereitschaft der Westmächte, endlich die Lösung der Deutschlandfrage zu behandeln, bezeichnete jedoch die Haltung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage als unvereinbar „mit dem auch von der Sowjetunion immer wieder geforderten Selbstbestimmungsrecht aller Völker“. Wörtlich heißt es: „Die Forderungen der Sowjetunion müssen von den deutschen Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften abgelehnt werden, weil sie dem deutschen Volk seine Einheit in Frieden und Freiheit nicht wiedergeben.“

In einer zweiten Entschleunigung werden vom Bundesvorstand alle Kontakte, die vom FDGB und der FDJ zu Organen des DGB gesucht werden, abgelehnt. Die sogenannten gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen, die Arbeiter-Jugendkongresse oder die „Weltfestivals der Jugend“ seien ebenso wie die Einladung zu gemeinsamen Aussprachen, Betriebsbesuchen und Erholungsaufenthalten nichts anderes als getarnte Versuche, Gewerkschaftler aus der Bundesrepublik über die wahren Verhältnisse in der Sowjetzone zu täuschen. Solange der FDGB nicht dafür kämpfe, daß die demokratischen Grundrechte und Freiheiten der Sowjetzone wiederhergestellt werden, „gibt es für den DGB und seine Gewerkschaften kein Verhandeln, geschweige denn ein gemeinsames Handeln“.

Westdeutsche Gewerkschaftler hätten weder Auftrag noch Mandat, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, sagte Richter. Er ließ keine Zweifel darüber, daß Gewerkschaftler, die sich nicht an die vom DGB-Kongreß 1956 beschlossenen Richtlinien halten, wegen gewerkschaftsschädigenden Ver-

haltens aus den DGB-Verbanden ausgeschlossen werden. „Wir müssen hart sein und dürfen keine Konzession machen“, sagte Richter. Auch der Vorsitzende der ÖTV, Kummernus, billigte Richters Erklärungen und distanzierte sich vom Auftreten eines pensionierten ÖTV-Funktionärs auf einer Leipziger Veranstaltung. Er gab zu verstehen, daß dieser Fall wohl mit einem Ausschluß des Betreffenden endigen werde. „Wäre der Mann nicht pensioniert, dann wäre er heute schon beurlaubt“, sagte Kummernus.

Die Arbeitnehmer der Bundesrepublik erklärten sich solidarisch mit den Arbeitnehmern Berlins im Abwehrkampf gegen das bolschewistische Machtstreben, heißt es in einer weiteren Erklärung des Bundesvorstandes. Es müsse alles getan werden, die Wirtschaft Berlins zu fördern und mit Aufträgen zu versorgen. Richter bezeichnet es als bedauerlich, wenn westdeutsche Arbeitgeber, wie es vorgekommen sein soll, Entlassungen vornehmen mit der Begründung, daß die erwarteten Aufträge nach Berlin gegangen seien. Er hoffe, daß das ein Einzelfall gewesen sei.



BILDER DER WOCHE. Oben: Für die Freiheit Tibets demonstrierten vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York amerikanische Buddhisten-Mönche und Kalmyken mongolischen Ursprungs. In einer Eingabe an die UNO forderten sie „Einstellung des blutigen Terrors“ in Tibet. — Unten: Fahrrad für Manager: Im Institut zur Verhütung von Zivilisations-Krankheiten, das kürzlich in München eingerichtet wurde, steht diese Anlage. Sie gestattet die Untersuchung der Lungen- und Kreislauf-Funktionen bei einem „tätigen“ Menschen.

